

Öffentliches Protokoll Sitzung des Rates der Stadt Wedel

Sitzungstermin: Donnerstag, 27.03.2025

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr Sitzungsende: 22:03 Uhr

Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Julian Fresch CDU

Mitglieder

CDU Wolfgang Dutsch Heidemargret Garling **CDU** Anja Lembach **CDU** Jan Lüchau **CDU** Jochen Peter Lüchau CDU Hendrik Thomascheski **CDU** Bernhard Weidenbach CDU Torben Wunderlich **CDU**

Karin Blasius Bündnis 90 / Die Grünen Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen Bündnis 90 / Die Grünen Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen Verena Heyer Petra Kärgel Bündnis 90 / Die Grünen Bündnis 90 / Die Grünen Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen Thomas Wöstmann

Lothar Barop SPD Norman Rothe SPD SPD Wolfgang Rüdiger Laurin Schwarz SPD Peter Ammer WSI WSI Angela Drewes Philipp Grüßner WSI Birgit Neumann-Rystow WSI **Ingrid Paradies** WSI Antje Hellmann-Kistler **FDP** Klaus Koschnitzke **FDP FDP** Nina Schilling

Patrick Eichberger DIE LINKE im Rat

Umweltbeirat

Maximilian vom Bruch Umweltbeirat

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Seite: 2/15

Arne Thon Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Uwe SchiemannSeniorenbeiratHelga NikodemSeniorenbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto
Claudia Friederich
Kirsten Gragert
Ralf Waßmann
Claudia Broekhuis

Bürgermeisterin
Erste Stadträtin
Protokollführung
FBL Bürgerservice
FBL Bauen und Umwelt

Oliver Wleklinski Prüfdienste
Volkmar Scholz FDL Finanzen
Robert Bartels FD Finanzen

Abwesend

Mitglieder

CDU Jens Bergstein entschuldigt CDU Johanna Bergstein entschuldigt Herbert Thomascheski CDU entschuldigt Sabine Zedler **CDU** entschuldigt **Tobias Kiwitt** Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt Gerrit Baars SPD entschuldigt

Heidi Keck SPD Alexandra Petersen SPD

Jörg HohnerFDPentschuldigtDr. Detlef MurphyDIE LINKE im Ratentschuldigt

Umweltbeirat

Cornelia Mayer-Schwab Umweltbeirat entschuldigt

Gäste:

Jörn Maurer / Stadtwerke Wedel

Ca. 35 Einwohner*innen

Zwei Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums mit 28 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Er schlägt folgende Änderungen zur Tagesordnung vor:

1.) Die Vorlage BV/2025/013 enthält keine Inhalte, die den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern. Lediglich die Anlagen enthalten an zwei Stellen schützenswerte Daten. Für die heutige Ratssitzung bedeutet dies, dass der TOP N15 / BV/2025/013 öffentlich behandelt werden muss (§ 35 GO), in der Sitzung aber die Personendaten aus dem Kaufvertrag sowie die Wohnungsnummern aus der sozialen Wohnraumförderung nicht öffentlich thematisiert werden dürfen.

Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Punkt als TOP Ö 5 zu behandeln. Mit diesem Vorgehen sind alle einverstanden.

- 2.) TOP 12 (alt 11) bekommt eine neue Reihenfolge:
 - 12.1. Antrag zur Vergnügungssteuer
 - 12.2. Haushaltsbegleitbeschluss
 - 12.3. Stellenplan 2025
 - 12.4. Haushaltssatzung 2025

Auch damit sind alle einverstanden.

Der Rat beschließt einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der Tagesordnungspunkte 14 - 16.

Seite: 3/15

Darüber hinaus liegen zwei Anträge des Jugendbeirates vor, die in Allris hochgeladen sind. Der Vorsitzende schlägt vor, diese bei den jeweiligen TOPs (Badebucht und Haushaltsbegleitbeschluss) aufzurufen.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Einwohnerfragestunde	
1.1	Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen	
1.1.1	Privilegierung von Veranstaltungen	
1.1.2	Bauhofkosten Veranstaltungen	MV/2025/025
1.1.3	Hogschlag	
1.1.4	Schulsozialarbeit	
1.2	Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner	
2	Sachstand vorangegangene Beschlüsse	
3	Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 27.02.2025	
4	Nachbesetzung von Gremien	
5	Bebauungsplan Nr. 2a "Doppeleiche", 1. vorhabenbezogene Änderung, Teilbereich Süd; hier: 1. Änderung zum Durchführungsvertrag vom 19.11.2020	BV/2025/013
6	Jahresabschluss und Gesamtabschluss 2023	
6.1	Bericht der Stabstelle Prüfdienste (RPA) zum Jahresabschluss 2023 mit Stellungnahme der Bürgermeisterin	MV/2025/012
6.2	Jahresabschluss 2023 Feststellung des Ergebnisses	BV/2025/019
6.3	Bericht der Stabstelle Prüfdienste (RPA) zum Gesamtabschluss 2023 mit Stellungnahme der Bürgermeisterin	MV/2025/013
6.4	Gesamtabschluss 2023 hier: Feststellung des Gesamtergebnisses	BV/2025/004
7	Finanzierung der Modernisierung der Badebucht	BV/2025/020

Seite: 4/15

Nichtöffentlicher Teil

14	Sachstand vorangegangene Beschlusse
15	Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 27.02.2025
16	Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
16.1	Bericht der Verwaltung
16.2	Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

17 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.1.1 Privilegierung von Veranstaltungen

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 TOP 1.1.1 Privilegierung_Antwort der Verwaltung_RAT_27.3.25

1.1.2 Bauhofkosten Veranstaltungen

MV/2025/025

Seite: 5/15

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

1.1.3 Hogschlag

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 Beantwortung Einwohnerfragen Hogschlag Rat 27022025

1.1.4 Schulsozialarbeit

Die Antwort wird zur Kenntnis genommen.

Anlage 1 TOP 1.1.4. Beantwortung der Fragen von Frau Thüne aus dem Rat vom 27.02.25

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden Fragen zu folgenden Themen gestellt:

- 1.) Frau Binz-Vedder nimmt Bezug auf die Fragen, die sie bereits an die Bürgermeisterin und die Fraktionen gesandt hat (Haushaltsbegleitbeschluss, Badebucht, Schulkindbetreuung, Stellenplan) und verliest exemplarisch einige Fragen und bittet um Beantwortung.
- 1. zum HAUSHALTSBEGLEITBESCHLUSS (BV/2024/132-1):

Bis wann sollen die "Sparmaßnahmen", die in Arbeitsgruppen erarbeitet werden, als BV eingebracht werden?

Werden die Ergebnisse veröffentlicht?

Ist dieser sog. "Haushaltsbegleitbeschluss", über den Sie abstimmen sollen, nicht eine "BlackBox" oder ein "Blankoscheck" den Sie da ausstellen?

Besteht nicht das Risiko, dass alle späteren Maßnahmen als "ALTERNATIVLOS" dargestellt werden? Läuft möglicherweise alles nur auf eine Erhöhung der GRUNDSTEUER oder auf einen VERKAUF von Gebäuden und Grundstücken (beispielsweise die Liegewiese der Badebucht) hinaus, auf denen dann

Luxus-Wohnungen gebaut werden?

2. BADEBUCHT (BV/2025/020)

Wie dringlich ist eine Sanierung der Badebucht im Vergleich zu Park&Ride-Anlage, Feuerwehrgebäude, Steinberghalle?

Seite: 6/15

Wie lange sind die jetzigen Gebäude noch nutzbar? Besteht Handlungsbedarf? Wird die Solaranlage auf dem Dach nicht genutzt?

Wurden Alternativen geprüft und durchgerechnet? (Nur Reparaturen / Schließung von Freibad / Entfernung des Bootes und der Rutschbahn im Spaßbad / nur Freibad mit Überdachung / Abriss und Neubau u.a.)

Welche monatlichen Belastungen (Zuschüsse zu den laufenden Kosten, Zinsen und Tilgung über 30 Jahre, weitere Reparaturen, ausfallende Eintrittsgelder) wurden für diese BV veranschlagt? Wo ist da ein Spareffekt trotz 14 Millionen Euro mindestens?

3. Erweiterung der SKB (BV/2024/102):

Die Parallelität von externer SKB nach luxuriösem Hort-Standard und Kurssystem in der Schule verursachen hohe Kosten im Bereich Räume und Personal. Warum hat die Stadt Wedel noch immer kein Konzept für den Offenen Ganztag und entsprechende Standards erstellt? (Wie Elmshorn, Norderstedt, Lübeck)

Wann sollen endlich die angepassten Module für die Ganztagsbetreuung kommen und die beschlossene Beitragserhöhung für Eltern umgesetzt werden?

Soll mit wachsender Nachfrage nach Betreuungsplätzen weitere Räume angemietet werden und Erzieher plus Assistenten eingestellt werden? Eine Strukturreform führt auch zu Spareffekten. Haben Sie sich mal in Elmshorn informiert oder einen Schulleiter in den BKS eingeladen, wo mit einem anderen Konzept dieselben Ziele aber preiswerter erreicht werden?

3. Erweiterter STELLENPLAN (BV/2024/009):

Wedel hat ca 450 Mitarbeiter:innen in der Verwaltung - Ahrensburg (35.000 Einwohner) hat nur 250 Mitarbeiter:innen

Warum können nicht durch Strukturreformen und Umsetzungen in der Verwaltung Mitarbeiter eingespart werden, wie im Wahlkampf versprochen? Warum soll der Stellenplan noch erweitert werden? Das verursacht weiter höhere Kosten.

- 2.) Herr Schneider appelliert erneut, beim Hogschlag kleiner zu bauen.
- Herr Hansen hat Fragen zum Haushalt/Stellenplan und zur Badebucht, die die Erste Stadträtin und die Bürgermeisterin direkt beantworten.
 Die Anfrage zur Badebucht wird Herr Maurer im Zuge seiner Präsentation beantworten.
- 2.) Herr Reimann hat Fragen zur Badebucht, die beim TOP beraten werden sollen.

2 Sachstand vorangegangene Beschlüsse

Die Übersicht wird zur Kenntnis genommen.

Es wird darum gebeten, alle Anlagen künftig beim TOP und lesbar gedreht zu hinterlegen.

Anlage 1 Sachstand Beschlüsse 20250327

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 27.02.2025

Es liegen drei Änderungsanträge zum Protokoll vor. Sie werden alle bei jeweils zwei Enthaltungen (Hr. Rothe, Hr. Ammer) angenommen.

Anlage 1 Protokolländerung Öffentlich zum Rat am 27.02.2025

Seite: 7/15

<u>Anlage 2</u> Protokolla?nderung WSI

Anlage 3 Protokollaenderung _Gruene_Kaergel_27_02_2025

4 Nachbesetzung von Gremien

Es liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Nachbesetzung vor.

Beschluss:

Der Rat beschließt auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umbesetzung ihrer stellvertretenden Mitglieder im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Planungsausschuss.

		Bisheriges Mitglied	Neues Mitglied
HFA	2. Stellvertretung	Holger Craemer	Verena Heyer
	6. Stellvertretung	NN	Holger Craemer
Planungsauss.	1. Stellvertretung	Holger Craemer	Dagmar Süß
	2. Stellvertretung	Dagmar Süß	Petra Kärgel
	3. Stellvertretung	Petra Kärgel	Patricia Römer
	4. Stellvertretung	Patricia Römer	Bärbel Sandberg
	5. Stellvertretung	Bärbel Sandberg	NN
	7. Stellvertretung	NN	Holger Craemer

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 Gremienumbesetzg HFA+PLA_2025-03

5 Bebauungsplan Nr. 2a "Doppeleiche", 1. vorhabenbezogene Änderung, Teilbereich Süd;

BV/2025/013

hier: 1. Änderung zum Durchführungsvertrag vom 19.11.2020

Herr Dutsch bringt den Beschlussvorschlag ein, der im Planungsausschuss einstimmig empfohlen wurde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte 1. Änderung zum Durchführungsvertrag gemäß § 12 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 2a "Doppeleiche", 1. vorhabenbezogene Änderung, Teilbereich Süd der Stadt Wedel vom 19.11.2020, insbesondere den Ersatz der vereinbarten 10 Wohneinheiten für zweckgebundenes Wohnen durch 16 Wohneinheiten nach der Sozialen Wohnraumförderung der IB.SH und eine Verlängerung der Durchführungsfrist bis 31.12.2027.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

MV/2025/012

Seite: 8/15

6.1 Bericht der Stabstelle Prüfdienste (RPA) zum Jahresabschluss 2023 mit Stellungnahme der Bürgermeisterin

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Jahresabschluss 2023

BV/2025/019

Feststellung des Ergebnisses

Herr Grüßner bringt die Vorlage aus dem HFA ein.

Beschluss:

Der Rat beschließt

den Jahresabschluss 2023 mitsamt den Anlagen, den Lagebericht sowie den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Stabsstelle Prüfdienste.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 10.561.379,20 € wird zum Teil gegen die Ergebnisrücklage (10.224.253,32 €) ausgebucht. Der nicht durch die Rücklage gedeckte Restbetrag von 337.125,88 € wird auf die Bilanzposition "vorgetragene Jahresfehlbeträge" umgebucht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6.3 Bericht der Stabstelle Prüfdienste (RPA) zum Gesamtabschluss 2023 mit Stellungnahme der Bürgermeisterin

MV/2025/013

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Gesamtabschluss 2023

BV/2025/004

hier: Feststellung des Gesamtergebnisses

Herr Grüßner bringt die Vorlage aus dem HFA ein.

Beschluss:

Der Rat beschließt

den Gesamtabschluss 2023 der Stadt Wedel und ihrer wesentlichen Beteiligungen mitsamt den Anlagen und dem Lagebericht sowie den Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2023 der Stabsstelle Prüfdienste.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Finanzierung der Modernisierung der Badebucht

BV/2025/020

Seite: 9/15

Der Vorsitzende erläutert zunächst die Ausschließungsgründe des § 22 Abs. 2 GO in Bezug auf die Mitglieder des Aufsichtsrates der Kombibad GmbH.

Daraufhin verlassen Frau Kärgel, Frau Süß, Frau Drewes, Frau Schilling, Herr Jan Lüchau und Herr Craemer den Ratssaal.

Herr Maurer erläutert mit einer ausführlichen Präsentation die Möglichkeiten, durch welche Maßnahmen das Defizit der Badebucht gesenkt werden kann. Aus den ehemals elf Varianten, die geprüft wurden, hat sich die vorliegende Präferenzvariante herausgebildet. Zur Erhaltung eines attraktiven Grundangebotes bleibt nur diese Option.

Herr Thon bringt den Prüfauftrag des Jugendbeirates ein:

Der Jugendbeirat der Stadt Wedel beantragt, dass die Verwaltung im Zuge der "Finanzierung der Modernisierung der Badebucht" die Möglichkeiten einer (Teil-)Privatisierung der Kombibad GmbH mit einer Klausel, die die städtische Nutzung sicherstellt, überprüft.

Herr Maurer erläutert eingehend die finanziellen Unterschiede und die unterschiedlichen Ziele bei einer (Teil-) Privatisierung und einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke. Herr Bödding bittet darum, die elf Varianten zur Verfügung zu stellen.

Es folgt eine intensive Diskussion über Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse, Finanzierung, Schulunterricht, Fördermittel und Sparzwang.

Beschluss:

Der Rat beschließt,

die Einstellung der notwendigen investiven Haushaltsmittel für die Modernisierung der Badebucht (gemäß Anlage) in den Haushalt 2025 und in die mittelfristige Finanzplanung Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2026 und 2027.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja /4 Nein (WSI) / 0 Enthaltung (ohne Fr. Paradies)

8 Erweiterung des Gesellschaftszwecks der wechselstrom und wechselgas GmbH

BV/2025/021

hier: Aufhebungsbeschluss

Herr Grüßner bringt den Beschlussvorschlag ein.

Die Ratsmitglieder Frau Kärgel, Frau Süß, Frau Drewes, Frau Schilling, Herr Jan Lüchau und Herr Craemer sind bei diesem Tagesordnungspunkt weiterhin abwesend, da sie sich auch bei diesem gem. § 22 GO für befangen erklärt haben.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den am 30.01.2025 gefassten Beschluss zur Erweiterung des Gesellschaftszwecks der wechselstrom und wechselgas GmbH aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

23 Ja / O Nein / O Enthaltung (ohne Hr. Rothe)

20:13 Uhr: Frau Kärgel, Frau Süß, Frau Drewes, Frau Schilling, Herr Jan Lüchau und Herr Craemer nehmen wieder an der Sitzung teil.

Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Vergnügungssteuersatzung) vom 01.01.2020

BV/2025/016

Seite: 10/15

Beschluss:

Der Rat beschließt die 2.Nachtragssatzung zur Änderung der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Vergnügungssteuersatzung) vom 01.01.2020

Abstimmungsergebnis:

28 Ja / O Nein / O Enthaltung (ohne Hr. Rothe und Hr. Koschnitzke)

10 Kommunit Wirtschaftsplan 2025 - Zustimmung zur Erhöhung der Eigenkapitalquote

BV/2025/006

Herr Grüßner bringt die Vorlage aus dem HFA ein.

Die WSI-Fraktion hält den Vorschlag aus wirtschaftlichen Gründen nicht für sinnvoll. Herr Barop sieht es als Vorteil für die Stadt, wenn Kommunit finanziell gut aufgestellt ist. Herr Craemer teilt mit, dass es so für Kommunit einfacher sei zu agieren.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel erteilt dem Kommunit IT-Zweckverband Schleswig-Holstein seine Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2025 - Stammkapitalerhöhung mit der Möglichkeit zur Einzahlung bis zum 31.03.2025. (TOP 13.1. + 13.2.).

Abstimmungsergebnis:

25 Ja / 5 Nein (WSI) / 0 Enthaltung

11 Innenstadtentwicklungskonzept für die Stadt Wedel

BV/2025/009

hier: Abschlussbericht

Herr Dutsch bringt den Beschlussvorschlag ein, den der Planungsausschuss einstimmig empfohlen hat.

Beschluss:

Der Rat beschließt das "Innenstadtentwicklungskonzept für die Stadt Wedel".

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Haushalt 2025

Der Vorsitzende informiert, dass sich im Ältestenrat darauf verständigt wurde, dass zunächst die Bürgermeisterin, die Fraktionen und die Beiräte ihre Statements zum Haushalt abgeben. Alle Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlagen 1- 8 beigefügt.

Anlage 1 Haushaltsrede 2025 der Bürgermeisterin

Anlage 2	Haushaltsrede 2025 CDU
Anlage 3	Haushaltsrede 2025 Bündnis 90-Die Grünen
<u>Anlage 4</u>	Haushaltsrede 2025 SPD
<u>Anlage 5</u>	Haushaltsrede 2025 WSI
<u>Anlage 6</u>	Haushaltsrede 2025 FDP
<u>Anlage 7</u>	Haushaltsrede 2025 Die Linken
<u>Anlage 8</u>	Rede des JGB zum Haushalt 2025

12.1 Antrag der Fraktion Bd. 90/Die Grünen zur Anhebung der Vergnügungssteuer

ANT/2025/011

Seite: 11/15

Frau Süß möchte die Anhebung der Vergnügungssteuer gerne als zusätzlichen Punkt für den Maßnahmenkatalog aufgenommen haben und verliest den Prüfauftrag.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Wedel möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Herbst 2025 zu prüfen, ob eine erneute Erhöhung der Vergnügungssteuer auf 25 % der Bemessungsgrundlage zum 01.01.2026 durchsetzbar wäre.

- a.) Sollte dieses der Fall sein, so wird die Verwaltung aufgefordert § 5 Abs. 1 Satz 1 der Satzung der Stadt Wedel über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Vergnügungssteuersatzung) zum 01.01.2026 entsprechend anzupassen und dem Rat im Herbst 2025 zur Entscheidung vorzulegen.
- b.) Sollte dies aus Sicht der Verwaltung nicht möglich sein, so ist der Rat hierüber sowie über Alternativen bis spätestens 25. September 2025 zu informieren.

Dieser Prüfauftrag ist als weiterer Punkt mit in den Maßnahmenkatalog zum Haushaltsbegleitbeschluss aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja (Grüne/SPD) / 17 Nein (CDU/FDP/WSI) / 0 Enthaltung (ohne Hr. Eichberger)

12.2 Haushaltsbegleitbeschluss zum Haushalt 2025

BV/2024/132--1

Herr Grüßner bringt die Vorlage ein. Er teilt mit, dass der HFA vereinbart hat, dass in der Sitzung des Rates noch textliche Änderungswünsche diskutiert werden sollen. Der Vorsitzende teilt mit, dass er nur die Punkte einzeln aufruft, zu denen Vorschläge zur Textänderung vorliegen, danach soll über die Gesamt-Haushaltssicherung abgestimmt werden. Diese Vorgehensweise findet Zustimmung.

4a Gebäudemanagement

Frau Süß ergänzt, dass der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen der ursprüngliche Wortlaut zum Teil nicht konkret genug war.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Formulierung:

Der letzte Satz im 2. Absatz wird gestrichen: Alt:

Die freiwerdenden Gebäude sollten veräußert werden um, zum einen die nötigen Investitionskosten für die Mehrfachnutzung von Räumen zu finanzieren und den Kreditbedarf für Investitionen im Allgemeinen senken.

Am Ende wird hinter "... vertretbare Nachnutzung angestrebt." folgendes eingefügt: Neu: Die Veräußerung von freiwerdenden Gebäuden ist Teil der Prüfung, da sie die nötigen Investitionskosten für die Mehrfachnutzung von Räumen finanzieren und den Kreditbedarf für Investitionen im Allgemeinen einmalig senken könnten. In die Überlegungen und Abwägungen zur Entscheidungsfindung sind zwingend die Möglichkeiten von regelmäßigen Mieteinnahmen sowie gegebenenfalls zukünftigen Mietkosten - wenn bei steigendem Raumbedarf Flächen angemietet werden müssen - einzubeziehen. Langfristige Gestaltungsmöglichkeiten dürfen nicht für Einmaleffekte geopfert werden.

Seite: 12/15

Abstimmungsergebnis: 13 Ja (Grüne/SPD/Linke) / 14 Nein (CDU/WSI) / 3 Enthaltung (FDP) Damit ist der Antrag abgelehnt.

11a Hilfe für Wohnungslose

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Formulierung:

Der Text wird geändert: Alt:

Einzelfallbetrachtung des Nachlasses für Selbstzahler in städtischen Unterkünften.

Neu: Das Wort "Einzelfallbetrachtung" wird durch "Reduzierung" ersetzt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja (Grüne/SPD) / 17 Nein (CDU/FDP/WSI) / 1 Enthaltung (Linke) Damit ist der Antrag abgelehnt.

20a Kinder- und Jugendzentrum:

Die SPD-Fraktion beantragt folgende Formulierung:

Alt: Konzeptveränderung "Streetworker"

Neu: Keine Änderung beim KiJuz. Angepasst wird ausschließlich das Konzept des Streetworkers. Die Konzeptanpassung erfolgt voraussichtlich im laufenden Jahr 2025.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja (Grüne/SPD/Linke) / 14 Nein (CDU/WSI) / 3 Enthaltung (FDP) Damit ist der Antrag abgelehnt.

21a Die Villa

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion beantragen folgende Formulierung:

Alt: Gebäudekosten: 101.000€. - Das Gebäude wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zukunft hohe Sanierungskosten verursachen, u.a. wegen der Grundwasserproblematik. Zu prüfen ist, wo das gesamte Angebot der Villa anderweitig in städtischen Räumen stattfinden kann. Konzept zur Raumdoppelnutzung ist zu erstellen. Alternativ kann die Ergebnisverbesserung über zusätzliche Erträge oder über Sponsoring erfolgen. Es ist zu prüfen, wie ein Raumdoppelnutzungskonzept greifen könnte.

Neu: Es wird ein Konzept erstellt, wie Kosten reduziert werden können. Alternativ kann die Ergebnisverbesserung über zusätzliche Erträge oder über Sponsoring erfolgen. Es ist zu prüfen, wie ein Raumdoppelnutzungskonzept greifen könnte.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja (Grüne/SPD/Linke) / 10 Nein (CDU/WSI) / 7 Enthaltung (FDP/WSI))

Seite: 13/15

Damit ist der Antrag angenommen.

6a Förderzentrum

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Formulierung:

Der 2. Satz des Textes wird wie folgt angepasst: Alt:

Die Gebäudekosten betragen 366.000 €. Diese sollen durch Doppel- oder anderweitiger Nutzung um 50% reduziert werden.

Neu: Die Gebäudekosten betragen 366.000 €. Diese sollen unter anderem durch Raumdoppelnutzung, Vermietung von Räumen an Externe (z.B. VHS, Musikschule etc.) oder anderweitiger Nutzung um 50% reduziert bzw. refinanziert werden.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja (Grüne/SPD/Linke) / 14 Nein (CDU/WSI) / 3 Enthaltung (FDP) Damit ist der Antrag abgelehnt.

7a Schulsozialarbeit

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt folgende Formulierung:

Der bestehende Text soll komplett gestrichen und neu formuliert werden:

NEU Einsparungen in diesem Bereich lassen sich nur durch die Reduzierung von Gemeinkosten sowie die Übernahme der Verantwortung von Kreis und Land für die Kommunen, realisieren. Hierfür werden die Landes- und Kreismittel ausdrücklich durch die zuständigen Vertreter von Verwaltung und Politik eingefordert, um die Finanzierung dauerhaft sicherzustellen.

Es erfolgt eine kurze Diskussion über den Wegfall des Zuschusses des Kreises zur Sozialarbeit einerseits und der umlagefinanzierten Kreisumlage andererseits.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja (Grüne/SPD/FDP/Linke) / 10 Nein (CDU/WSI) / 4 Enthaltung (WSI)

Damit ist der Antrag angenommen.

30a Erhöhung der Grundsteuer

Änderung der CDU zurückgezogen.

Der Seniorenbeirat merkt an, dass er den Pkt. 13 Zuschussangelegenheiten kritisch sieht.

Herr Barop beantragt aufgrund der vorangeschrittenen Zeit im Haushaltsjahr 2025 realisierbare Ziele zu setzen und deshalb, den Zusatz "im Laufe des Jahres 2025" zu streichen. **Abstimmungsergebnis:** Einstimmig

Beschluss:

Der Rat beschließt die im Anhang befindliche Haushaltssicherung 2028 unter der Maßgabe, dass im Laufe des Jahres 2025 zu den einzelnen Punkten Konzepte erarbeitet und dem Rat

zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ziel ist, im Haushaltsjahr 2028 eine Ergebnisverbesserung von 9.500.000 € zu erreichen.

Die Nutzenden und Betroffenen sollen bei der Erarbeitung der Konzepte und der Umsetzung der Maßnahmen beteiligt werden.

Die Umsetzung ist engmaschig zu begleiten. Wird das Ziel nicht erreicht, ist durch Veränderung der Maßnahmen oder durch neue Maßnahmen die Differenz zu kompensieren, um 2028 eine Ergebnisverbesserung von 9.500.000 €, zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja (Grüne/SPD/FDP/CDU/Die Linke)) / 5 Nein (WSI) / 0 Enthaltung

Im Anschluss stellt der Jugendbeirat seinen Antrag zur Teilnahme an den Arbeitsgruppen zur Haushaltssicherung 2028 bei allen jugendrelevanten Themen und verliest die Begründung (s. Anlage). Der Vorsitzende verweist auf die gesetzliche Verpflichtung der Beteiligung, schlägt aber dennoch vor, den Senioren- und Umweltbeirat mit einzubeziehen. Er schlägt folgende Formulierung vor:

Bei den Arbeitsgruppen zur Haushaltssicherung 2028 werden alle Beiräte der Stadt Wedel bei den für sie relevanten Themen beteiligt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

<u>Anlage 1</u> Antrag des Jugendbeirates der Stadt Wedel zur Teilnahme an den Arbeitsgruppen zur Haushaltssicherung 2028 zur Ratssitzung am 27

12.3 Stellenplan 2025

BV/2024/099

Seite: 14/15

Beschluss:

Der Rat beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2025 als Bestandteil der Haushaltssatzung 2025.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja (CDU, Bd. 90/Die Grünen, SPD, Die Linke) / 8 Nein (FDP, WSI) / 0 Enthaltung

12.4 Haushaltssatzung 2025

BV/2024/094

Beschluss:

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2025.

Abstimmungsergebnis:

22 Ja (CDU, Bd. 90/Die Grünen, SPD, Die Linke) / 8 Nein (FDP, WSI) / 0 Enthaltung

13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

Öffentliches Protokoll der Sitzung des Rates der Stadt Wedel vom 27.03.2025

Seite: 15/15